

NATIONALRAT
Sommersession 2023

Fragestunde vom 12. Juni 2023

(Art. 31 des Geschäftsreglementes)

Finanzdepartement

23.7368 Aeschi Thomas. Verlust von PUBLICA, SUVA und compenswiss mit Credit Suisse Aktien und Anleihen?

Welche finanziellen Verluste haben Organisationen wie die Pensionskasse des Bundes PUBLICA, die Schweizerische Unfallversicherungsanstalt SUVA, die für die Verwaltung der Ausgleichsfonds der AHV, der IV und der EO verantwortliche compenswiss und weitere bundesnahe Organisationen und Unternehmen mit dem Verlust auf den Credit Suisse Aktien und der Abschreibung der Credit Suisse "AT1" Anleihen im Jahr 2023 realisiert?

23.7375 Matter Thomas. Klage gegen "Inside Paradeplatz" durch die Credit Suisse

Der Zürcher Bankenblog "Inside Paradeplatz" wurde wegen dessen Berichterstattung zwischen Sommer und Herbst 2022 von der Credit Suisse-Spitze zivil- und strafrechtlich eingeklagt.
Als wie sinnvoll beurteilt der Bundesrat diese Klagen angesichts der seither erfolgten Rettungsaktion der CS - unter anderem durch die Steuerzahler -, und ist das Finanzdepartement bereit, auf einen Rückzug von Klage und Anzeige hinzuwirken?

23.7376 Matter Thomas. Beteiligung des Chefkommunikators des Finanzdepartements an der Schmutzkampagne gegen eine Journalistin

Das Portal #hateleaks hat aufgezeigt, in welchem erschreckendem Mass sich Pascal Hollenstein, damals Chefpublizist von CH Media und heute Leiter Kommunikation im EFD, an der Diskreditierungskampagne von Jolanda Spiess-Hegglin gegen eine Journalistin des "Tages-Anzeigers" beteiligt hat. Die Hass-Kampagne bildete auch den Grund, dass der Bund die Zahlungen an den Verein "Netzcourage" eingestellt hat.
Wie beurteilt der Bundesrat das Verhalten von Pascal Hollenstein und welche Konsequenzen gedenkt er daraus zu ziehen?

23.7463 Glarner. Ist Pascal Hollenstein noch tragbar?

Gemäss verschiedenen Berichten und Quellen hat sich der inzwischen zum Kommunikationschef des Finanzdepartements beförderte Pascal Hollenstein aktiv an der Kampagne zur Demontage der Journalistin Michèle Binswanger beteiligt.
Ist Pascal Hollenstein als Kommunikationschef noch tragbar?

23.7385 Feller. Verwendung von Steuerdaten für statistische Zwecke: Wie steht es mit dem Steuergeheimnis?

Am 5. April 2023 beschloss der Bundesrat eine Änderung der Verordnung über die Durchführung von statistischen Erhebungen des Bundes, um die Kantone zu verpflichten, dem Bund Steuerdaten für statistische Zwecke zur Verfügung zu stellen. Dieses Vorhaben wird von den Kantonen insbesondere im Zusammenhang mit dem Steuergeheimnis kritisiert.

1. Wäre es unter diesen Umständen nicht besser, den Weg über ein Gesetz zu gehen, das dem Parlament unterbreitet wird?
2. Entspricht das Statistikgeheimnis wirklich in allen Punkten dem Steuergeheimnis?

23.7391 Glarner. Sanitätsdienst als Sonderprivileg für Ratsmitglieder

Offensichtlich hat die Verwaltungsdelegation einmal mehr einen eigenmächtigen, realitätsfernen Entscheid gefällt. Dem Parlament soll als Sonderprivileg während den Sessionen ein Sanitätsdienst zur Verfügung stehen. Die Kosten belaufen sich auf 18 850 Schweizer Franken pro Session, wohlverstanden.

Wie beurteilt der Bundesrat angesichts der vom Parlament geforderten Sparmassnahmen dieses Sonderprivileg für Ratsmitglieder?

23.7439 Büchel Roland. Grossbanken werfen Schweizer Kunden mit Wohnsitz im EU-Land Zypern raus und halten gegenüber Auslandschweizern gemachte Versprechen nicht ein

Gemäss einem Bericht im "Blick" vom 1. Juni 2023 werden Kunden per Telefon informiert, dass die UBS Geschäftsbeziehungen beendet. Dokumentiert wird u.a. die Kündigung einer Kundenbeziehung "nach über einem halben Jahrhundert". Wer mehr als eine Million deponiert hat, wird hingegen weiterhin geduldet.

- Ist das EU-Mitglied Zypern auch gemäss dem Bundesrat neu ein "Risikoland"?
- Falls ja, gibt es weitere EU-"Risikoländer" mit welchen aus der Schweiz keine Bankgeschäfte mehr getätigt werden sollten?

23.7455 Widmer Céline. Nachfolge Direktorium Schweizerische Nationalbank

- Wird der Bundesrat rechtzeitig eine Nachfolge für die per Ende Juni 2023 aus dem Direktorium der SNB zurücktretende Andréa Maechler bestimmen?
- Berücksichtigte der Bankrat beim Wahlvorschlag neben den relevanten Qualifikationen und Kompetenzen auch die Vertretung der Landesteile und das Geschlecht als Kriterien?

23.7465 Aeschi Thomas. Ist PricewaterhouseCoopers mitverantwortlich für den Untergang der Credit Suisse? Hat PwC die Behörden und die Öffentlichkeit wissentlich getäuscht?

Gemäss Sonntagsblick vom 7. Mai 2023 gab PricewaterhouseCoopers "nur 24 Stunden vor den ersten Gesprächen mit der UBS eine positive Einschätzung zur Lage der Credit Suisse ab." Monika Roth, Governance-Expertin, schreibt: "PwC muss gesehen haben, dass die Bank nicht zu retten war."

- Ist PwC mitverantwortlich am Untergang der Credit Suisse?
- Hat PwC die Behörden und die Öffentlichkeit wissentlich getäuscht?

23.7466 Aeschi Thomas. "Duale Aufsicht" nach dem Versagen von PricewaterhouseCoopers (PwC) beim Untergang der Credit Suisse am Ende?

PricewaterhouseCoopers hat bei der Credit Suisse offensichtlich versagt, denn "nur 24 Stunden vor den ersten Gesprächen mit der UBS [gab PwC noch] eine positive Einschätzung zur Lage der Credit Suisse ab" (Sonntagsblick vom 7. Mai 2023).
 - Ist damit die "duale Aufsicht", bei der die Prüfgesellschaften als verlängerter Arm der FINMA tätig sind und nach den Vorgaben der FINMA arbeiten, gescheitert?
 - Ist der Bundesrat der Meinung, dass die "duale Aufsicht" aufgehoben werden soll?

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

23.7367 de Quattro. Weniger Lärm und mehr Stellen am Militärflugplatz Payerne

In Anbetracht der Lieferung der F-35A-Flugzeuge fordern die Ratsmitglieder von Waadt und Freiburg, dass Fluglärmbelastung und Arbeitsplätze am Militärflugplatz Payerne in einem ausgeglichenen Verhältnis stehen. Während der Flugplatz im Broye-Gebiet stark für Landungen und Starts in Anspruch genommen wird, sind die Anstellungen im Zusammenhang mit der Luftwaffe anderen Standorten zugeordnet.
 Ist der Bundesrat bereit, Diskussionen mit den betroffenen Behörden aufzunehmen, um dieses Missverhältnis zu korrigieren?

23.7370 Aeschi Thomas. Schweizer Leopard Panzer wurden nicht von Rheinmetall sondern von einem Schweizer Industriekonsortium unter der Leitung der damaligen Contraves gefertigt

1. Stimmt es, dass der Bund 345 von ehemaligen 380 Schweizer Leopard Panzer nicht von Rheinmetall gekauft hat, sondern dass diese von einem Industriekonsortium um die damalige Contraves in der Schweiz in Lizenz gefertigt wurden, und dass Rheinmetall damals einzig der Entwickler und Lizenzgeber für die 120mm Glattrohrkanone war?
 2. Wer fertigte die 25 Leopard-2-Panzer, die gemäss Antrag des Bundesrates ausser Dienst gestellt werden sollen, und welche Firmen waren für welche Panzerteile Lizenzgeber?

23.7378 Ruch. Luftfahrterbe: Bern vergisst die Romandie

Schweizer Institutionen haben Interesse an einer PC-9 bekundet.
 1. Stimmt es, dass die Westschweiz kein Flugzeug erhält, obwohl bereits deren vier der Deutschschweiz zugeteilt wurden?
 2. Wenn ja, wie erklärt der Bundesrat diese Ungleichheit zwischen der Deutschschweiz und der Romandie - zum Nachteil des Fliegermuseums Payerne, das seit 20 Jahren ein bekanntes Schaufenster unserer Luftwaffe ist?

23.7379 Ruch. 150. Geburtstag von Henri Guisan (21.10.1874 - 7.4.1960)

Am 30. August 1939 hat die Vereinigte Bundesversammlung Henri Guisan zum General und damit zum Oberkommandierenden der Schweizer Armee gewählt. Ich halte es für wichtig, dass die Erinnerung an diesen grossen Mann nicht verblasst und dass unser Land diesen Geburtstag würdig begeht.
 Ich frage deshalb:
 - Sieht unsere Landesregierung vor, aus Anlass des 150. Geburtstags von General Guisan eine Gedenkveranstaltung durchzuführen?
 - Wenn ja, auf welche Weise und in welcher Form?

23.7423 Wehrli. Was unternimmt der Bund 2024 zum Gedenken an den 150. Geburtstag von General Guisan?

2024 feiern wir den 150. Geburtstag von General Guisan. Deshalb sieht die "Fondation Général Henri Guisan" verschiedene Aktivitäten vor, um dieser Persönlichkeit unseres Landes zu gedenken.

- Was sieht der Bundesrat aus diesem Anlass vor?
- Welche Veranstaltungen und Aktivitäten gedenkt er durchzuführen oder in ihrer Organisation zu unterstützen?

23.7387 Feller. Strategie für die Inbetriebnahme der F-35: Werden die betroffenen Kantone bei der Entscheidungsfindung angehört?

Der Bundesrat und die RUAG AG werden demnächst eine Strategie für die Inbetriebnahme der F-35-Kampfflugzeuge beschliessen. Darin wird der Bund die geografische Verteilung der Unterhalts- und Wartungsarbeiten festlegen sowie die Flugplätze, auf denen zu Ausbildungszwecken Pilotinnen und Piloten starten und landen. Wird das VBS die betroffenen Kantonsregierungen anhören und sich mit ihnen austauschen; bevor irgendwelche Entscheide gefällt werden?

23.7403 Tuena. Nächste Stufe einer Partnerschaft der Schweiz mit der NATO

Gemäss einem Tweet eines Accounts namens "SwitzerlandNATO" war VBS-Botschafterin Pálvi Pulli zu Gesprächen mit der NATO und den NATO-Partnern in Brüssel. Es ging um ein "massgeschneidertes Programm". Es sei ein wichtiger Schritt um "die Partnerschaft auf eine nächste Stufe zu bringen".

- Was genau beinhaltet diese nächste Stufe einer Partnerschaft der Schweiz mit der NATO?
- Gibt es hierzu einen Bundesratsentscheid?
- Wann wird das Parlament in diese Ideen miteinbezogen?

23.7435 Zuberbühler. Die Armee soll mehr Rücksicht auf Lehrlinge nehmen! Die Verschiebung des Starts der Sommer-RS auf Kalenderwoche 27 kann nicht die abschliessende Lösung sein! Folgefrage

Anlässlich der Fragestunde vom 5. Juni 2023 wurde meine Frage Nr. 23.7284 nicht beantwortet. Weil Auszubildende nach wie vor in die Sommer-RS müssen, bevor ihr Lehrvertrag ausläuft, bitte ich den Bundesrat um die Beantwortung der folgenden Frage: Im Rahmen der Herbstsession 2019 hat Bundesrätin Amherd mündlich zugesagt, Beginn und Ende der Sommer-RS nochmals anzuschauen. Bis wann wird der Bundesrat dies tun, welche Kreise werden angehört und wie wird er Bericht erstatten?

23.7460 Heimgartner. Sind wir neutral, wenn wir Waffen von Ländern ersetzen, welche ihre Waffen einseitig an Kriegsparteien geschickt haben?

In der Antwort zur Frage 23.7278 wurde nicht auf meine Frage bezüglich der Neutralität eingegangen.

Deshalb nochmals die Frage an den Bundesrat:

Wie kann man neutral sein (Gleichbehandlungsgebot), wenn man als neutrales Land anderen die Waffen ersetzt, welche diese einseitig an Kriegsparteien geschickt haben?

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

23.7374 Locher Benguerel. Strukturelle Diskriminierung im Bildungssystem beseitigen - was macht der Bundesrat?

Die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (EKF) hat Fakten zur Situation junger Frauen in der Schweiz zusammengetragen und analysiert. Daraus resultieren sieben konkrete Empfehlungen zur Beseitigung struktureller Diskriminierung im Bildungssystem. Ein Teil der Empfehlungen richten sich an den Bund.

Wie gedenkt der Bundesrat die Empfehlungen der EKF umzusetzen, insbesondere die Forderung nach einem Bericht zu den Stereotypen und die Aufnahme der Empfehlungen in die Gleichstellungstrategie?

23.7390 Bellaiche. Welchen Stellenwert haben Regulierungsfolgenabschätzungen für den Bundesrat?

Im Rahmen von Gesetzgebungen lässt der Bund oft Regulierungsfolgenabschätzungen (RFA) durchführen. Bei der Erarbeitung von Vorlagen scheint er die Ergebnisse aus der RFA jedoch nicht konsequent zu berücksichtigen.

- Welchen Stellenwert hat die RFA für den Bundesrat, und nach welchen Grundsätzen und Kriterien berücksichtigt er die Ergebnisse oder eben nicht?
- Wie stellt er sicher, dass unliebsame Ergebnisse aus der RFA nicht willkürlich übergangen werden?

23.7404 Grossen Jürg. Analyse der Empfehlungen zur Ernährungszukunft Schweiz, durch das BLW - wann und wo werden die Ergebnisse veröffentlicht?

Der Bundesrat antwortet auf meine Ip. 23.3338, eine vertiefte Analyse der Empfehlungen zur Ernährungszukunft Schweiz sei momentan in Bearbeitung.

- Wird das BLW über die Ergebnisse seiner Analysen berichten?

Wenn ja, bis wann und wo werden die Ergebnisse publiziert?

Wenn nein, warum nicht?

- Bezüglich der Analyse für die Botschaft zur Agrarpolitik bis Ende 2027: Wird der Bundesrat überlegen, welche Empfehlungen zur Ernährungszukunft Schweiz bereits zuvor umgesetzt werden können?

23.7442 Munz. Analyse der Empfehlungen zur Ernährungszukunft Schweiz bezüglich Tierwohl, durch das BLV - wie werden Akteure der Wertschöpfungskette, wissenschaftliche Gremien und BürgerInnenrat einbezogen?

Der Bundesrat antwortet auf meine Ip. 23.3301, für einen ganzheitlichen Ansatz im Bereich Tierwohl und Tierhaltung müssten sämtliche Akteure entlang der Wertschöpfungskette verstärkt miteinbezogen werden und Verantwortung übernehmen.

- Was unternimmt der Bundesrat, um dies zu fördern?
 - Welche Empfehlungen des wissenschaftlichen Gremiums und des BürgerInnen-Rats zur Ernährungszukunft Schweiz sind dafür besonders relevant?
- Welche davon berücksichtigt der Bundesrat, für allfällige Massnahmen?

23.7407 Walder. Für eine Neuverhandlung des Abkommens mit Kolumbien über den Investitionsschutz

- Hat die kolumbianische Regierung den Wunsch geäußert, das Abkommen zwischen der Schweiz und Kolumbien über den Investitionsschutz neu zu verhandeln?
 - Wenn ja, ist der Bundesrat bereit, sich dafür einzusetzen, dass das Abkommen, das momentan zu stark zugunsten privater Interessen ausfällt, neu gewichtet wird?
- Dadurch könnte Kolumbien die Rechte der indigenen Bevölkerung und der Ökosysteme wirksamer schützen, ohne die grossen Bergbaukonzerne mit astronomischen Summen systematisch entschädigen zu müssen.

23.7412 Seiler Graf. Einsatz des Zivildienstes im SEM

Laut Medienmitteilung des Bundesamtes für Zivildienst vom 2. Mai 2023 wurden im SEM seit Januar 14 000 Dienstage des Zivildienstes zur Unterstützung geleistet.

- Auf wie viele Zivildienstleistende verteilen sich diese Dienstage?
- Wie viele dieser Zivildienstleistenden wurden aufgeboden für diesen Einsatz?

Wie viele meldeten sich freiwillig?

Wie viele wurden umgeteilt?

- Könnte eine qualitativ hochstehende Betreuung der Schutz- und Asylsuchenden ohne Zivis gewährleistet werden?

23.7415 Python. Förderung des Prinzips des lebenslangen Lernens (LLL) sowie von Seniorenuniversitäten (2)

In seiner Antwort auf das Postulat 22.3737 erklärt der Bundesrat, dass das BSV Pro Senectute jährlich mit 54 Millionen Franken unterstützt. Davon fliessen 5,1 Millionen in die Bildung von Seniorinnen und Senioren.

Warum werden die Seniorenuniversitäten dabei nicht berücksichtigt?

Diese sind auf nationaler Ebene in einem Verband zusammengeschlossen, dessen Hauptaufgabe darin besteht, die Weiterbildung von Seniorinnen und Senioren zu fördern, und zwar aus der Perspektive des lebenslangen Lernens. Dieser Grundsatz ist im Bundesgesetz über die Weiterbildung verankert.

Ist dieses Ziel in der nächsten BFI-Botschaft enthalten?

23.7416 Weichelt. Umgehungsgeschäft von Schweizer Firmen zugunsten Putins Kriegskasse

Aufgrund von Enthüllungen der SonntagsZeitung (4.6.2023) und der Rundschau (SRF, 17.5.2023) über den Verkauf russischen Öls durch die Genfer Firma Fractal Shipping sowie der Financial Times 18.4.2023) über den Verkauf von russischem Gold durch die Zuger Firma Open Mineral AG stelle ich die Frage:

Was unternimmt der Bundesrat, um solche Umgehungsgeschäfte zugunsten von Putins Kriegskasse zu unterbinden?

23.7428 Python. Wie wird das SBFI die Empfehlungen für eine nachhaltige Ernährungszukunft in der Schweiz berücksichtigen?

Der Bundesrat antwortet auf meine Interpellation 23.3232, dass das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) die Empfehlungen des wissenschaftlichen Gremiums Ernährungszukunft Schweiz und des "Bürger:innenrats für Ernährungspolitik" "zur Kenntnis genommen" habe.

- Was bedeutet "zur Kenntnis nehmen" konkret?

- Wie beurteilt das SBFI die für den BFI-Bereich relevanten Empfehlungen, die in den beiden Berichten gemacht werden, und wie und wo will es diese im Rahmen seiner Aufgaben berücksichtigen?

23.7438 Büchel Roland. Die G-7, insbesondere die USA, üben massiv Druck auf die Schweiz aus, Gelder aus Russland zu blockieren. Was tun sie selbst?

Der US-Botschafter in Bern kritisiert das "mangelnde Engagement der Schweiz" betreffend Sanktionierung russischer Vermögenswerte. Anstelle der "eingefrorenen 7,75 Milliarden Franken" könnte unser (kleines) Land "50 bis 100 Milliarden zusätzlich blockieren."

Ist dem Bundesrat bekannt, wie viele so genannte "Oligarchengelder" in den USA bis heute blockiert worden sind?

23.7459 Gugger. Analyse der Wirkung von Bundessubventionen auf ihre biodiversitätsschädigende Wirkung: Werden weitere Stakeholder einbezogen?

Auf meine Interpellation 23.3416 zur Anpassung der Strukturverbesserung erklärt der Bundesrat, dass in der Begleitgruppe die Stakeholder KOLAS, BAFU und SBV vertreten sind. Bei ihrer Überprüfung der biodiversitätsschädigenden Wirkung von einzelnen Subventionen scheinen andere Bundesämter deutlich breiter abgestützte Konsultationen durchzuführen.

- Aus welchen konkreten Gründen wurden diese Stakeholder konsultiert?
- Aus welchen konkreten Gründen wurden keine weiteren Stakeholder konsultiert?

Departement des Innern

23.7372 Bourgeois. Medicrime-Konvention - Art. 17a HMG - Umsetzung

Das Parlament hat am 29. September 2017 die Medicrime-Konvention genehmigt und deren Umsetzung über die Änderung anderer Erlasse beschlossen, darunter Artikel 17a des Heilmittelgesetzes vom 15. Dezember 2000 (HMG).

- Warum hat der Bundesrat diesen Artikel bald sechs Jahre nach der Verabschiedung und mehr als drei Jahre nach der Vernehmlassung zur entsprechenden Verordnung noch nicht in Kraft gesetzt?
- Wann gedenkt der Bundesrat Artikel 17a HMG in Kraft zu setzen?

23.7373 Farinelli. E-Zigaretten, elektronische Einwegzigaretten usw. und ihr Reiz für Junge

E-Zigaretten und elektronische Einwegzigaretten werden für Raucherinnen und Raucher als Möglichkeit präsentiert, mit dem Rauchen aufzuhören oder weniger abhängig zu sein. Da diese Produkte jedoch mit verschiedenen Aromen angeboten werden, zum Beispiel Fruchtaromen, sind sie vor allem für die ganz Jungen attraktiv.

Wie beurteilt der Bundesrat die Möglichkeit, den Verkauf möglichst bald auf Produkte mit Tabakgeschmack einzuschränken, sodass sich diese nur noch an die erklärte Zielgruppe richten?

23.7383 Roduit. Virusmonitoring: Dauerhafte Sequenzierung in Betracht ziehen?

Die Genomsequenzierung ist entscheidend für das Monitoring von Krankheitserregern. Das Postulat 22.4271 fordert eine andauernde Sequenzierung von klinischen Proben.

1. Sieht der Bundesrat im Rahmen dieses Postulats eine institutionalisierte Sequenzierung vor, beispielsweise die wöchentliche Sequenzierung von Krankheitserregern mit pandemischem Potenzial (Patienten- und Umweltproben).
2. Plant der Bundesrat eine verstärkte Sequenzierung im Rahmen der Revision des Epidemiengesetzes?

23.7392 Andrey. Hat das CNAI genügend Ressourcen?

- Über welche Ressourcen (finanziell und/oder Anzahl Mitarbeitende) verfügt das Kompetenznetzwerk KI (CNAI)?
- Reichen diese oder bestehen Ausbaupläne?

23.7398 Haab. Sinn von medizinischen Gutachten besser erklären

Die Versicherten der IV haben ein grosses Interesse, dass Renten nur an Berechtigte ausbezahlt werden. Dazu dienen medizinische Gutachten. Seit Jahren läuft eine Kampagne von Geschädigten-Anwälten und des Kassensturzes gegen Gutachter-Institute. Ziel ist der vereinfachte Zugang zu Versicherungsleistungen. Was unternimmt der Bundesrat, um den Status von Gutachter-Instituten zu stärken und der Bevölkerung den Sinn von medizinischen Gutachten besser zu erklären?

23.7399 Ryser. Pflicht des Unfallversicherers bei einer Sehbehinderung

Im Rahmen der beruflichen Tätigkeit kann es dazu kommen, dass Arbeitnehmende eine Sehbehinderung erleiden. Leider müssen Betroffene gegenüber dem Unfallversicherer immer wieder für ihr Recht auf ein Hilfsmittel und die damit verbundene Schulung kämpfen.

Ist der Bundesrat auch der Meinung, dass in diesem Fall der Unfallversicherer sowohl die Kosten für den Weissen Stock (HVUV Art. 1/Anhang) wie auch die damit verbundene Orientierungs- und Mobilitätsschulung (HVUV Art. 6) finanzieren sollte?

23.7414 Python. Förderung des Prinzips des lebenslangen Lernens (LLL) sowie von Seniorenuniversitäten (1)

In seiner Antwort auf das Postulat 22.3737 hält der Bundesrat fest, dass das BSV bis Ende 2024 eine externe Evaluation durchführen lässt, um festzustellen, inwiefern die ausbezahlten Finanzhilfen nach Artikel 101bis AHVG angemessen sind und ob sie den aktuellen Bedürfnissen entsprechen:

- Wer ist der externe Auftragnehmer?
- Ist das BSV in der Lage, Zwischenergebnisse zu präsentieren?
- Werden die Bedürfnisse der Seniorenuniversitäten in diesen Bericht einbezogen?
- Wird auch die Alterung der Bevölkerung berücksichtigt?

23.7440 Büchel Roland. Covid: Der Impfzwang ist weg. Wie viele Menschen in der Schweiz vertrauen der mRNA-Impfung, wenn staatlicher Druck und mediale "Nacherziehung" nachlassen?

Gemäss einem Bericht von Le Matin Dimanche lassen sich die Schweizer kaum mehr impfen. Von Januar bis Ende April 2023 sollen es nur noch 62 000 Personen gewesen sein, nachdem sich in den beiden Vorjahren noch Millionen Menschen im Land unter Druck mehrere Male impfen liessen. Dutzende Millionen Dosen im Wert von Hunderten Millionen Franken sind bis heute hergestellt und vernichtet worden oder werden noch vernichtet.

Wie viele Impfungen sind in diesem Jahr bis Ende Mai verabreicht worden?

23.7446 Pasquier-Eichenberger. Überarbeitung der «Ernährungsempfehlungen» durch das BLV unter Berücksichtigung der Empfehlungen für eine nachhaltige Ernährungszukunft in der Schweiz - wann und wo werden die Ergebnisse veröffentlicht?

Der Bundesrat antwortet auf die Interpellation 23.3245, dass das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) derzeit die "Ernährungsempfehlungen" überarbeite, wobei die Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Umwelt besonders eng sei. Er fügt hinzu, dass für diese Arbeiten die Empfehlungen für eine nachhaltige Ernährungszukunft analysiert werden.

- Wird das BVL seine Analysen veröffentlichen?

Falls ja, wann?

Falls nein, warum nicht?

- Wann und wo werden die überarbeiteten Ernährungsempfehlungen veröffentlicht?

23.7449 Wyss. Teilbezug von Vorsorgegeldern gegen Altersarmut N° 2

In meiner Frage 23.7303 argumentiert der Bundesrat, dass im Rahmen der Reform der Ergänzungsleistungen eine Einschränkung der Barauszahlung bei Selbstständig erwerbende angestrebt war.

Damit hat der Bundesrat jedoch meine Frage nicht beantwortet.

Eine Einschränkung möchte ich nicht.

Ich frage nach, ob ein freiwilliger Teilbezug von Vorsorgegeldern bei Selbstständigkeit die Altersarmut nicht senken könnte.

23.7453 Lohr. Werden IV-Verfahren von Amtes wegen wieder aufgerollt, wenn rechtskräftig verurteilte Gutachtende daran beteiligt waren?

Der Bundesrat begründet in der Antwort auf 23.7345 die Zusammenarbeit mit der Gutachterstelle PMEDA trotz hängigen Strafverfahren mit der Unschuldsvermutung.

Werden Gutachtende erst im Falle einer rechtskräftigen Verurteilung sanktioniert, schreiben sie während des hängigen Strafverfahrens weiterhin problematische Gutachten und zerstören Existenzen.

Wie wird sichergestellt, dass Verfahren, in denen rechtskräftig verurteilte Gutachtende beteiligt waren, von Amtes wegen wieder aufgerollt werden?

Justiz- und Polizeidepartement

23.7388 Imboden. Mit welchen Massnahmen wird die Sicherheit und fachliche Betreuung im Bundesasylzentrum Glaubenberg gewährleistet?

Ende Mai kam es im Bundesasylzentrum Glaubenberg zu einer Auseinandersetzung zwischen afghanischen und kurdischen Menschen, wobei ein junger kurdischer Mann durch einen Stein am Auge verletzt wurde und im Spital genäht werden musste. Die Betroffenen haben trotz Aufforderung an die Mitarbeitenden vor Ort keinen Schutz erhalten.

Wie wird der Vorfall aufgearbeitet und mit welchen Massnahmen wird die Sicherheit und fachliche Betreuung im Bundesasylzentrum Glaubenberg gewährleistet?

23.7397 Nicolet. Wann wird das AIG gemäss dem Entscheid des Parlaments umgesetzt?

- Wäre in Anbetracht des Völkerrechts eine Umsetzung von Artikel 59e des nAIG, wie er am 17. Dezember 2021 vom Parlament verabschiedet wurde, möglich?

- Was wären die Folgen einer solchen Umsetzung, und wie schnell könnte sie erfolgen?

23.7402 Roth Franziska. Finanzhilfen für Präventionsgelder gegen Menschenhandel

Die Überarbeitung der Verordnung über Massnahmen zur Verhütung von Straftaten im Zusammenhang mit Menschenhandel (311.039.3) von anfangs 2023 sieht vor, dass Organisationen, die Finanzhilfen über die Präventionsgelder gegen Menschenhandel von fedpol beziehen, und insbesondere ihre Arbeit gewissen Qualitätsstandards entsprechen.

- Was beinhalten diese Standards genau?
- Wie werden die Gesuche daraufhin geprüft?

23.7409 Bühler. Das Dublin-Abkommen, die italienische Seegrenze und der Flughafen Zürich

In der Debatte über die Motion 23.3031 zur Aussetzung von Dublin durch Italien sagte die Vorsteherin des EJPD, das Verwalten einer Seegrenze sei nicht dasselbe wie das Verwalten einer Grenze "am Flughafen Zürich".

- Warum wird der Flughafen Zürich auf diese Weise erwähnt?
- Unterschätzt man damit nicht die Arbeit der Zürcher Einwanderungsbehörden, die jeden Tag mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert sind?
- Warum gelingt es Spanien, seine Seegrenze zu verwalten und gleichzeitig das Dublin-Abkommen einzuhalten?

23.7411 Seiler Graf. Präventionsgelder zur Bekämpfung von Menschenhandel

Aktuell werden über die Verordnung Massnahmen zur Verhütung von Straftaten im Zusammenhang mit Menschenhandel (311.039.3) sowie mit Prostitution (311.039.4) jährlich Beträge im Umfang von 600 000 Franken bzw. 200 000 Franken vom Bund zur Verfügung gestellt.

- Welche Ziele und Wirkung soll mit diesen Geldern gemäss Bundesrat erzielt werden?
- Erachtet er diese Beträge zur Ziel- und Zweckerfüllung als angemessen?

23.7417 Bircher. Afghanischer Kinderschänder aus Deutschland

Wie der Blick am 11. Februar 2023 berichtet hat, hat Deutschland einen Afghanischen Kinderschänder in die Schweiz zurückgeschoben.

Wie konnte dies passieren, warum hat die Schweiz diese Person zurückgenommen und weiss der Bund, wo sich diese Person heute aufhält?

23.7418 Bircher. Etikettenschwindel: Vorläufig Aufgenommene, welche aus der Statistik "fallen"

- Wie viele Personen wurden in den letzten 20 Jahren vorläufig Aufgenommen (Status F Ausländer)?
- Wie viele davon haben heute eine Aufenthaltsbewilligung (B), eine Niederlassungsbewilligung (C) oder wurden eingebürgert?
- Bei wie vielen wurde die vorläufige Aufnahme entzogen und mussten die Schweiz verlassen?

23.7419 Bircher. Geringe Erwerbstätigkeit bei Ukrainern

In der Schweiz gehen nur 14 Prozent der Ukrainer mit S-Status einer Arbeit nach. Dies obwohl die Schweiz seit über einem Jahr Deutsch/Integrationskurse bezahlt. Immer die Rede davon war, dass alle sehr gut ausgebildet seien und die gesetzlichen Hürden aufgehoben wurden (Arbeit sofort möglich).

- Wie erklärt sich der Bundesrat diesen Umstand, da andere Länder wie die Niederlande (50%), Estland und Litauen zeigen, dass es durchaus möglich wäre?
- Sind die Anreize in der Schweiz falsch (z.B. Sozialhilfe)?

23.7424 Regazzi. Immer mehr Kindesentführungen, aber keine klaren Zahlen dazu: Was gedenkt die Schweiz zu tun?

In der Schweiz steigt die Zahl der Entführungen von Kindern durch einen Elternteil, der sich dann ins Ausland absetzt. Offiziell handelt es sich um rund hundert Fälle jährlich. Tatsächlich könnte die Zahl aber sehr viel höher sein, da oft Länder betroffen sind, die das Haager Kindesentführungsübereinkommen nicht unterzeichnet haben, und die Fälle darum nicht über den institutionellen Weg erfasst werden.

- Welche Massnahmen gedenkt der Bundesrat zu ergreifen, um über vollständigere Daten zu den Entführungen zu verfügen?
- Was gedenkt er zu unternehmen, um dieser besorgniserregenden Entwicklung entgegenzuwirken?

23.7434 Studer. Einheitliche und umfassende Umsetzung des 3. Nationalen Aktionsplans - wo stehen die Kantone?

Der 3. Nationale Aktionsplan gegen Menschenhandel 2023-2027 delegiert in den Massnahmen viele Aufgaben an die Kantone, wobei unklar bleibt, inwiefern und wie unterschiedlich die Kantone diese Aufgaben umsetzen.

Wie garantiert der Bund eine einheitliche, umfassende, nationale Umsetzung, damit die kantonalen Unterschiede in der Bekämpfung des Menschenhandels und im Opferschutz nicht noch mehr vergrössert werden?

23.7441 Widmer Céline. Umsetzung Nationaler Aktionsplan gegen Menschenhandel

Da es kein offizielles Budget zu Umsetzung des 3. Nationalen Aktionsplans (NAP) gegen Menschenhandel 2023-2027 gibt - obwohl dies als Empfehlung in der Evaluation zum 2. NAP empfohlen wurde - stellt sich folgende Frage:

Mit welchen finanziellen Mitteln und in welcher Budgethöhe wird der besagte Aktionsplan und seine einzelnen Massnahmen umgesetzt?

23.7443 Pasquier-Eichenberger. In Kroatien ist der Zugang zur medizinischen Versorgung nicht mehr gewährleistet: Wird der Bundesrat seine Position überdenken?

Die Hilfsorganisation Ärzte der Welt hat im Mai aufgrund mangelnder finanzieller Mittel ihre Arbeit der medizinischen Versorgung in Aufnahmezentren für Asylsuchende in Kroatien eingestellt. Sie war die einzige Organisation, die medizinische Versorgung in den Asylzentren unter sehr prekären Bedingungen angeboten hat, sodass nun die primäre Grundversorgung nicht mehr gewährleistet ist.

- Ist der Bundesrat über diese Situation informiert?
- Wird er die Rückführungen gemäss Dublin-Abkommen nach Kroatien deshalb aussetzen?

23.7454 Fehlmann Rielle. Gesundheitszentren für Asylsuchende in Kroatien: Wie kann der Wegfall der Ärzte der Welt kompensiert werden?

Die Ärzte der Welt sollen die medizinische Versorgung in den Aufnahmezentren für Asylsuchende in Kroatien eingestellt haben.

- Wie positioniert sich die Schweiz in dieser neuen Situation angesichts der Tatsache, dass die betroffenen Personen ohnehin schon sehr verletztlich sind?
- Sollten Rückführungen nach Kroatien gemäss Dublin-Abkommen nicht so lange ausgesetzt werden, bis sich die Lage stabilisiert hat?

23.7447 Aeschi Thomas. Wird die Schweiz noch attraktiver für Asylsuchende?

- Stimmt es, dass die EU anstrebt, die Unterstützungszahlungen für Asylanten EU-weit zu harmonisieren und dadurch die Schweiz mit ihren höheren Unterstützungszahlungen für Asylsuchende attraktiver erscheint?
- Falls ja, was gedenkt der Bundesrat dagegen zu unternehmen?

23.7452 Bregy. Identifizierung mit AHV-Nummer

Neuerdings erfolgen immer mehr, aber nicht alle, Identifizierungen mittels der AHV-Nummer, so zum Beispiel grundbuchrechtliche Anmeldungen.
Wäre es nicht sinnvoll, die AHV-Nummer standardmässig zur Identifizierung zu nutzen und diese auf der Identitätskarte ebenfalls aufzuführen?

23.7461 Heimgartner. Asylsuchende auf Armeearealen - wie sind die Erfahrungswerte auf dem Waffenplatz Brugg?

Im Rahmen meiner Frage 23.7326 wurden mir Antworten zur aktuellen und bisherigen Situation auf dem Waffenplatz Brugg versprochen.
- Wie sind dort die Erfahrungen zwischen Asylsuchenden und Armeeangehörigen?
- Welche Probleme gab es bisher und was wurde daraus gelernt?

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation**23.7369 Aeschi Thomas. Zusammenarbeit der SRG mit linkslastigen Rechercheplattformen**

Die Sender der SRG sind zur Ausgewogenheit verpflichtet. Kürzlich hat der Kassensturz für eine Recherche mit der linkslastigen deutschen Rechercheplattform "Correktiv" zusammengearbeitet. Zudem wurde von der Webseite auf einen einseitigen und teilweise faktisch falschen Bericht verlinkt.
Was hält der Bundesrat davon, dass die SRG immer häufiger mit linken Medien und Rechercheplattformen zusammenarbeitet?

23.7420 Sollberger. Ausgewogenheit von SRF

Das Gebührenprivileg verpflichtet SRF zur politischen Ausgewogenheit. Doch es besteht Nachholbedarf. Radio und Fernsehen machen Schulungen, um politisch neutraler zu berichten. Dazu steht im Widerspruch, dass SRF immer häufiger mit klar links positionierten ausländischen Medien (Spiegel, Guardian) zusammenarbeitet.
Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass die Recherche-Zusammenarbeit mit linken ausländischen Medien der politischen Ausgewogenheit abträglich ist?

23.7377 Töngi. Weshalb muss Luzern mit S-Bahn-Rollmaterial auf Fernstrecken vorlieb nehmen?

An Wochenenden verstärkt die SBB ihr Angebot am Gotthard. Dafür setzt sie IC-2000-Garnituren ein, die aus dem IR-75-Verkehr abgezogen werden. Als Ersatz werden Zürcher S-Bahnen eingesetzt, die manchmal zu wenig Kapazitäten aufweisen, so dass Personen von Zürich bis Luzern stehen müssen.
- Wie lautet die Begründung, dass ausgerechnet Rollmaterial dieser Linie abgezogen wird?
- Die SBB wollen mehr Passagiere im Freizeitverkehr. Verfügt die SBB über genügend Rollmaterial für dieses Ziel?

23.7380 Farinelli. Einweg-E-Zigaretten und geltende Regeln

Gemäss Medienrecherchen weisen Einweg-E-Zigaretten - Produkte zur Inhalation von verdampften Flüssigkeiten, die auch nikotinhalzig sind - in den elektronischen Bestandteilen im Innern bleihaltige Lötstellen auf.

- Wer ist für die Prüfung in diesem Bereich zuständig?
- Ist solches Löten, insbesondere mit Blei, in der Schweiz legal?
- Falls nicht, wie gedenkt man vorzugehen, um den Verkauf von illegalen Produkten in der Schweiz möglichst schnell zu verhindern?

23.7381 Imboden. Anzahl betroffene Bauernbetriebe durch den Ausbau auf eine sechsspurige Autobahn A1?

Gemäss Bundesrat (Antwort auf 23.7271) kostet der Ausbau der Autobahn A1 auf sechs Spuren 9,45 Milliarden Franken.

- Wie viele Bauernbetriebe sind davon betroffen (Schätzung möglich) und welcher Betrag ist in den Kosten für den Kauf bzw. die Enteignung von Kulturland in den 9,45 Milliarden enthalten?
- Wann ist bekannt, wie viel Kulturland für den Ausbau verbraucht werden soll?

23.7382 Weichelt. Gleichstellung gilt auch für die Strassensignalisation

Die Signalisationsverordnung (SR 741.21) definiert die Signale auf den Wegweisern. Ist das UVEK bereit, das Fussweg-Signal, das einen erwachsenen Mann mit Hut und ein Mädchen zeigt (Tafeln 2.61, 2.63 und 2.63.1), durch ein neues Bild zu ersetzen, das der in der Bundesverfassung verankerten Gleichstellung der Geschlechter besser entspricht?

23.7384 Grin. Überarbeitung des Projekts zur Erweiterung des Bahnhofs Lausanne. Wie steht es um die geplanten Gewerbeflächen?

Das Projekt zur Erweiterung des Bahnhofs Lausanne beinhaltet die Schaffung grosser Gewerbeflächen unter den Gleisen.

- Wäre es angesichts der Projektverzögerungen, die den Bahnverkehr in der gesamten Westschweiz zu destabilisieren drohen, und der Probleme, die sich in Bezug auf die Statik ergeben, nicht angebracht, die geplanten Geschäftsflächen zu reduzieren?
- Ist es nicht das oberste Ziel der SBB, Personen und Güter effizient zu transportieren?

23.7386 Feller. Überarbeitung des Projekts zur Erweiterung des Bahnhofs Lausanne. Wird es neue Ausschreibungen geben?

Das Bundesamt für Verkehr und die SBB teilten am 17. März mit, dass das Projekt zur Erweiterung des Bahnhofs Lausanne grundlegend überarbeitet wird. Der Abschluss der Arbeiten wird - mit einer Verspätung von viereinhalb Jahren - 2037 erfolgen.

- Wird dieser Umbau neue Ausschreibungen gemäss der Gesetzgebung über das öffentliche Beschaffungswesen erfordern?
- Wenn ja, wie viele?
- Wurden diese neuen Ausschreibungen bei der Festlegung des Fertigstellungstermins berücksichtigt?

23.7389 Brenzikofer. Energieverbrauch von Sportstadien

- Wie viele Fussballstadien haben unterirdische Heizsysteme, um den Rasen im Winter zu beheizen bzw. wie viele Eishockeystadien kühlen im Sommer?
- Hat der Bundesrat Zahlen zum Primärenergiebedarf und welche Bemühungen werden auf Bundesebene zur Reduktion unternommen (Energiesparkampagne Bund)?

23.7393 Andrey. Was sind die Gesamtkosten der biodiversitätsschädigenden Bundessubventionen für die öffentliche Hand?

Nachdem das BAFU in einer Studie 97 Subventionen identifiziert hat, deren biodiversitätsschädigende Wirkung laut Ziel 18 der COP15 bis 2030 umgestaltet oder abgeschafft werden soll, bitte ich den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wie viel kosten diese 97 Subventionen den Steuerzahlenden jährlich insgesamt?
- Welcher Anteil dieses Betrags wirkt biodiversitätsschädigend, in absoluten und relativen Zahlen?
- Was sind die nachgelagerten Kosten dieser Schäden für die öffentliche Hand?

23.7394 Nicolet. Nationalstrassen in der Romandie

Im Ausbauschrift 2023 für die Nationalstrassen sind in der Westschweiz keine Ausbauprojekte vorgesehen. Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrates beantragte daher die Erweiterung Le Vengeron-Coppet-Nyon im Umfang von 911 Millionen Franken. Die Finanzkommission hat diesem Antrag mehrheitlich zugestimmt.

- Ist der Bundesrat bereit, die Aufnahme dieses Projekts in den Ausbauschrift zu unterstützen?
- Hat er andere Schritte unternommen, um ein gut funktionierendes Nationalstrassennetz in der Romandie zu gewährleisten?

23.7395 Piller Carrard. Überarbeitung des Projekts für den Ausbau des Bahnhofs Lausanne: Wird das Projekt erneut öffentlich aufgelegt?

Am 17. März 2023 haben das Bundesamt für Verkehr und die SBB mitgeteilt, dass das Projekt für den Ausbau des Bahnhofs Lausanne grundlegend überarbeitet werden soll. Die Bauarbeiten sollen 2037 abgeschlossen sein, also viereinhalb Jahre später als ursprünglich geplant.

- Erfordert diese Überarbeitung eine erneute Projektauflage?
- Wenn ja, wurden die erneute Auflage und die Bearbeitung eventueller Einsprachen bei der Ermittlung des voraussichtlichen Abschlussdatums der Bauarbeiten berücksichtigt?

23.7396 Schneider Schüttel. Hummelimport - braucht es eine Risikoprüfung?

Bevor Nützlinge in der Schweiz zugelassen werden, prüft Agroscope deren Umweltrisiken. Zudem gilt seit 1986 eine Registrierungspflicht für Betriebe, die Nützlinge aussetzen. Bei Hummeln hingegen gibt es keinerlei Vorgaben, obwohl jedes Jahr rund 20 Tonnen Hummeln, v.a. für Bestäubung in Gewächshäusern importiert werden. Wie schätzt der Bundesrat das Risiko für die einheimische Hummelpopulation durch genetische Vermischung mit importierten Hummeln ein und warum ist keine Risikoprüfung notwendig?

23.7400 Bulliard. Bremst das Strassenverkehrsgesetz die Digitalisierung in der Landwirtschaft aus?

Selbstfahrende Fahrzeuge und Maschinen dürfen gemäss Strassenverkehrsrecht nicht auf Strassen fahren. Davon betroffen sind auch Roboter, wie sie in der Landwirtschaft z.B. für die Unkrautbekämpfung eingesetzt werden. Sie dürfen für den Wechsel von einer Parzelle zur nächsten keine Strasse überqueren, sondern müssen auf einen Anhänger verladen werden.

Ist dem Bundesrat bewusst, dass dadurch das Smart Farming ausgebremst wird und welche Massnahmen sieht er vor, um diesen Missstand zu beheben?

23.7408 Friedl Claudia. Steigende GA-Preise widersprechen Klimazielen

- Inwiefern sind die massiven Aufschläge der GA-Preise mit den schweizerischen Klimazielen und der Verlagerung der Mobilität in den öffentlichen Verkehr vereinbar?
- Braucht es nicht eine Politik, die die Leute animiert, den ÖV zu benutzen, insbesondere die jungen Menschen?
- Kann der Bundesrat Massnahmen gegen diese Entwicklung veranlassen?

23.7410 Bühler. Das Desaster auf der A16 La Heutte-Biel nimmt konkrete Züge an

Seit Ende Mai ist die absteigende Fahrbahn der A16 zwischen La Heutte und Biel Nord gesperrt. Wie erwartet gehört das Verkehrschaos nun - morgens und abends - zur Tagesordnung; die Pendlerinnen und Pendler (einschliesslich des Unterzeichners) verlieren 20 bis 30 Minuten in den Kolonnen.

- Wird die Länge der Staus vom ASTRA täglich überwacht?
- Wenn nein, warum nicht?
- Mit welchen kurzfristigen Massnahmen will man einem andauernden Desaster entgegenwirken?
- Sollten die Bauarbeiten nicht unterbrochen und die Tunnelsanierung überdacht werden?

23.7413 Bläsi. Auswirkung geänderter rechtlicher Vorgaben zu CO2- und Feinstaubemissionen auf Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor

Die für Feinstaub- und CO2-Emissionen festgelegten Vorgaben führen offenbar dazu, dass die Zahl der Fahrzeuge, die bei den obligatorischen periodischen Fahrzeugprüfungen beanstandet werden, stark zunimmt.

- Wurde diese Zunahme vom Bundesrat evaluiert?
- Sind die entsprechenden Vorgaben mit denjenigen in anderen europäischen Ländern vergleichbar (z. B. Belgien)?
- Wie viele Fahrzeuge könnten letztlich aus dem Verkehr gezogen werden?

23.7421 Roduit. Wie kann das Problem der Abschaffung der ewigen Wasserrechte für die Wasserkraftanlagen evaluiert werden?

Gemäss einer 2019 durchgeführten Erhebung werden in vielen Kantonen, darunter Zug, Bern, Glarus, Schwyz, St. Gallen, Thurgau, Nidwalden, Jura, Luzern, Zürich, Solothurn, Neuenburg und Wallis, insgesamt noch fast 400 Wasserkraftanlagen auf der Grundlage ewiger Wasserrechte betrieben. Die betroffenen Anlagen profitieren selten von den Ausnahmen zur Sanierung von Restwasserstrecken (Art. 80 Abs. 1 und 2 Gewässerschutzgesetz).

Ist der Bundesrat bereit, bei den zuständigen kantonalen Stellen eine Umfrage über die erwähnten Rechte durchzuführen?

23.7422 Roduit. Schutz historisch bedeutsamer Wasserkraftanlagen

Die Motion 23.3498 wurde in der Abstimmung des Nationalrates vom 6. Juni 2023 in zwei Teilen behandelt. Der Bestand der Rechte durch einen Eintrag im Grundbuch wurde knapp abgelehnt, während eine längere Übergangsfrist für die Sanierung knapp angenommen wurde.

Ist der Bundesrat daran interessiert, einen Alternativvorschlag zu Punkt 1 der Motion einzureichen, der Ausnahmen vorsieht: Denkmalschutz, Energieversorgung im Winter, Versorgung mit einheimischer und grüner Energie?

23.7425 Schneider Schüttel. Gewässerrevitalisierungen: Reichen die Bundesmittel für reife kantonale Projekte aus?

Die Kantone sind gemäss Artikel 38a GSchG zur Revitalisierung der beeinträchtigten Gewässer verpflichtet. Mittlerweile sind viele grössere Projekte bereit zur Umsetzung. Die konsequente Umsetzung des GSchG ist nach BAFU "entscheidend, um die Widerstands- und Anpassungsfähigkeit der Gewässer möglichst rasch zu stärken".

- Was ist der Stand der Zahlungs- und Verpflichtungskredite zur Finanzierung der Revitalisierungen?
- Reichen die Finanzen zur Umsetzung wie von den Kantonen geplant?

23.7426 Roduit. SBB: Wieso wird aktiv für ausländische Weine geworben?

In der Osterzeit hat die SBB im Rahmen ihres Salonwagens "Salon Suisse" aktiv für exklusive Degustationen ausländischer Weine geworben. Diese Entscheidung ist für eine subventionierte Institution umso überraschender, als sie in völligem Widerspruch steht zu den Bemühungen des Parlaments zur Förderung von Schweizer Weinen, zu den von der SBB bekundeten Werten der Nachhaltigkeit sowie zur Notwendigkeit für Schweizer Institutionen, die CO2-Emissionen zu senken und den lokalen Konsum zu fördern.

23.7429 Schlatter. Entscheid der Lauterkeitskommission gegen die FIFA wegen Klima-Greenwashing

Die Lauterkeitskommission hat in einem wegweisenden Entscheid der Klage gegen die FIFA wegen unlauterer Klimaversprechen zugestimmt.

Wie will der Bundesrat in Zukunft das Klima-Greenwashing von Unternehmen verhindern und plant er, dafür gesetzliche Grundlagen anzupassen?

23.7430 Clivaz Christophe. Sperrung der Bahnlinie Brig-Milano

Die Bahnlinie Brig-Milano wurde in den letzten Jahren im Sommer mehrere Wochen lang auf italienischer Seite gesperrt. Für viele Reisende aus der Westschweiz, die über Zürich in die lombardische Hauptstadt fahren müssen, wurde die Reisezeit dadurch spürbar verlängert.

- Wie sieht es in den nächsten Jahren aus?
- Stimmt es, dass mehrmonatige Sperrungen geplant sind?
- Kann die Schweiz nicht mit der italienischen Bahngesellschaft verhandeln, um diese längeren Sperrungen zu verhindern?

23.7432 Fluri. Analyse der Empfehlungen zur Ernährungszukunft Schweiz durch das ARE - wann und wo werden die Ergebnisse veröffentlicht?

Der Bundesrat antwortet auf meine Interpellation 23.3287: "Eine vertiefte Analyse der Empfehlungen ist momentan in Bearbeitung. Das ARE steht auch regelmässig im Austausch mit den Organisatoren des Ernährungsgipfels."

- Wird das ARE über die Ergebnisse seiner Analysen berichten?
- Wenn nein, warum nicht?
- Wenn ja, wann und wo werden diese Ergebnisse publiziert?

23.7433 Fluri. Bericht ASTRA/BAV "Biodiversitätsschädigende Subventionen im Verkehrsbereich": Wann wird die Anti-Littering-Kampagne umgesetzt?

Auf meine Frage 23.7077 betreffend die Massnahmen zu "Subventionen mit biodiversitätsschädigender Wirkung" im Verkehrsbereich antwortet der Bundesrat: "Eine Anti-Littering-Kampagne, wie sie Massnahme fünf vorsieht, läuft aktuell nicht". Littering generiert laut BAFU hohe Kosten - auch für die Landwirtschaft - und lässt sich nur im Verbund mit allen Beteiligten lösen.

Warum wurde die Massnahme bisher nicht umgesetzt bzw. wann/wie wird sie umgesetzt? Falls der Bundesrat verzichten will: Warum?

23.7436 Weichelt. Welche Hebel zur Eindämmung von Blaualgen haben die grösste Wirkung?

Bezüglich der Reduktion des Risikos von Blaualgen nennt der Bundesrat auf meine Ip. 23.3414 die Hebel Klimawandel bremsen, Stickstoffeinträge reduzieren und Gewässer sanieren. Das rasche Ergreifen entsprechender Massnahmen ist dringend. Am Bielersee ist kürzlich erneut ein Hund gestorben, wegen Blaualgen. Die Bevölkerung ist verunsichert!

- Mit welchen Massnahmen lassen sich die Risiken am effizientesten/effektivsten reduzieren?
- Welche ergriffenen Massnahmen erwiesen sich als erfolgreich?

23.7437 Büchel Roland. Installation "Wahlurne" an verschiedenen grossen Bahnhöfen: Der Kopf des Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, dient als offizieller Post-Briefkasten

In der Installation befindet sich ein offizieller gelber Briefkasten der Schweizerischen Post. Dieser sei gemäss der zuständigen Werbeagentur am Postnetz angeschlossen und werde täglich geleert. Im Monitor befindet sich ein Schlitz für die Stimmcouverts. Bei jedem Einwurf ringt Putin nach Luft, sein Kopf wird rot, er bekommt heftige Atemnot.

Wie stellt sich der Bundesrat zur Rolle, welche Unternehmen des öffentlichen Rechts, also die SBB und die Post, in dieser bizarren Übung spielen?

23.7464 Graber. Skandalöses "Ballot Harvesting" der Post im Auftrag von MyClimate

In den SBB-Bahnhöfen von Zürich, Bern und Genf sammelt die Schweizerische Post Stimmkouverts im Auftrag von MyClimate für ein Ja zum Klimaschutzgesetz ein. Völlig geschmacklos wird dabei mit dem russischen Kriegstreiber Wladimir Putin geworben und so der Ukraine-Krieg verharmlost und die Opfer verhöhnt. Hierbei geht es nicht bloss um politische Werbung und gewöhnliche Korrespondenz, sondern um das planmässige Einsammeln von Abstimmungsunterlagen durch einen Staatsbetrieb für das Ja-Lager, was in der Tat an russische Verhältnisse erinnert.

Wie sieht der Bundesrat in diesem Zusammenhang die Rolle der Post aus rechtlicher und aus staatspolitischer Sicht?

23.7444 Pasquier-Eichenberger. Überarbeitung des Projekts für die Modernisierung des Bahnhofs Lausanne: Wie hoch sind die zusätzlichen Kosten?

Ursprünglich wurden Kosten von 1,3 Milliarden Franken für die Baustelle des Bahnhofs Lausanne berechnet. Nun haben das Bundesamt für Verkehr und die SBB am 17. März mitgeteilt, dass das Projekt grundlegend überarbeitet werden soll. Die Bauarbeiten sollen 2037 abgeschlossen sein, also viereinhalb Jahre später als ursprünglich geplant.

- Hat der Bundesrat die mit dieser Verzögerung verbundenen zusätzlichen Kosten berechnet?
- Wenn nein, wann wird er diese zusätzlichen Kosten bekanntgeben können?
- Wer wird für diese zusätzlichen Kosten aufkommen müssen?

23.7451 Mahaim. Welche finanziellen Auswirkungen hat das Fiasko am Bahnhof Lausanne auf andere Projekte in der Agglomeration Lausanne?

Am 17. März 2023 haben das Bundesamt für Verkehr und die SBB mitgeteilt, dass das Projekt für den Ausbau des Bahnhofs Lausanne grundlegend überarbeitet werden soll. Die angehäuften Verzögerungen haben erhebliche Auswirkungen auf andere Infrastrukturprojekte in der Agglomeration Lausanne, von denen einige durch den Agglomerationsverkehrsfonds des Bundes mitfinanziert werden. Welche finanziellen Auswirkungen haben diese Verzögerungen auf den Bund und den Kanton Waadt, und wie werden diese Mehrkosten aufgeteilt?

23.7445 Klopfenstein Broggini. Bericht «Biodiversitätsschädigende Subventionen in der Schweiz». Weshalb unterscheidet sich die Konsultationspraxis je nach Bundesamt?

Schaut man sich die Antworten des Bundesrates auf die Interpellationen 23.3273, 23.3368, 23.3416 und 23.3419 an, fällt auf, dass sich die Art, wie interessierte Kreise zur Analyse der acht biodiversitätsschädigenden Subventionen konsultiert wurden, je nach zuständigem Amt stark unterscheidet. Das BAFU und das SECO konsultieren verschiedene Akteure, darunter auch den Schweizerischen Bauernverband (SBV), während das BLW nur den SBV konsultiert. Wie lassen sich diese Unterschiede in der Konsultationspraxis wissenschaftlich und technisch begründen?

23.7448 Trede. Schweizer Verpflichtungen zur Minimierung von biodiversitätsschädigenden Anreizen und Subventionen in den globalen Zielen von Kunming-Montreal: Wie sieht der Absenkpfad aus?

Der Bundesrat setzt sich für die Legislaturplanung 2023-27 das Ziel, seine Verpflichtungen bezüglich wirksamer Umweltpolitik umzusetzen. Target 18 der COP15-CBD sieht eine deutliche, schrittweise Reduktion von biodiversitätsschädigenden Anreizen und Subventionen vor, um mind. 500 Milliarden Dollar/Jahr bis 2030. Wie sieht der Schweizer Absenkpfad "biodiversitätsschädigende Anreize und Subventionen" aus, bezüglich Vorgehens, Reduktion des volkswirtschaftlichen Schadens, Kontrolle der Wirksamkeit?

23.7450 Jauslin. Diskriminierung von Schweizer Bürgerinnen und Bürger

Seit der Übernahme der EU-Sanktionen gegen Russland können hier wohnhafte schweizerisch-russische Doppelbürger beim BAZL keine Fluglizenzen mehr erwerben oder erneuern, auch wenn sie diese nur für rein private Flüge oder sportliche Zwecke benötigen.

- Wie beurteilt der Bundesrat eine derart rigorose Umsetzung angesichts der Tatsache, dass für andere Verkehrsmittel keine Einschränkungen gelten?
- Wie begründet er diese Diskriminierung von Schweizer Bürgern?
- Gäbe es nicht differenziertere Lösungen?

23.7456 Gugger. Energieperspektiven 2050+

Die Energieperspektive 2050 zeigt das z.Z. politisch Machbare. Die schon stark negative Energiebilanz des Aussenhandels wird durch die Vorschläge der Studie noch erhöht. Die erwarteten Kostenreduktionen der Elektromobilität und der erneuerbaren Energien übersieht eine Warnung der IEA betreffs ab 2025 dauerhaft steigender Preise von Kupfer und Lithium.

Welche Kommunikationsstrategie sieht die Regierung vor, um die Bevölkerung auf die echte Kostenentwicklung der Klimaneutralität vorzubereiten?

23.7457 Gugger. Kehrichtverbrennung bei Plastik und Kreislaufwirtschaft

Plastikabfälle werden zu 85 bis 90 Prozent der Kehrichtverbrennung zugeführt. 2019 hat das UN environment programme ("Waste to Energy. Considerations for Informed Decision-making") festgehalten, dass Verbrennung von Kehricht "keinen Platz in einer Kreislaufwirtschaft" hat. Vor dem Hintergrund der Umsetzung der EU-Ökodesign-Richtlinie resp. der Diskussionen um Artikel 35i e USG frage ich an:
Wie will der Bundesrat Einwegplastikprodukte in die Kreislaufwirtschaft integrieren?

23.7458 Gugger. Additive und Kreislaufwirtschaft

Über die gesundheitsgefährdenden Eigenschaften von Zusatzstoffen (Additiven) in Kunststoffen ist wenig bekannt, was das Kunststoffrecycling erschwert. Forschungsergebnisse deuten darauf hin, dass Additive das Recycling als Teil der Kreislaufwirtschaft vor Probleme stellen.
Wie will der Bundesrat mit diesem Problem im Hinblick auf eine non-toxische Kreislaufwirtschaft sowie im Zuge der möglichen Schaffung neuer Rechtsgrundlagen (Artikel 35i e USG) umgehen?

Departement für auswärtige Angelegenheiten**23.7371 Molina. Status der taiwanesischen Vertretung im diplomatischen und konsularischen Corps in der Schweiz**

Taiwan wird seit 1994 durch die Délégation Economique et Culturelle de Taipei in der Schweiz vertreten. Im Gegensatz zur Mission Palästinas geniesst die inoffizielle Vertretung Taiwans keinerlei Vorrechte, Immunitäten oder Erleichterungen.
- Wie rechtfertigt der Bundesrat diese Ungleichbehandlung zweier Länder, die von der Schweiz nicht als Staat auf bilateraler Ebene anerkannt werden?
- Ist er bereit, die inoffizielle Vertretung Taiwans in Zukunft gleich zu behandeln wie die Mission Palästinas?

23.7401 Roth Franziska. Vielleicht, könnte sein, würde, hätte, sollte. Warum die Möglichkeitsform beim Thema EU?

In der Antwort zur Frage 23.7352 schreibt der Bundesrat: Die Eckwerte legen die Grundsätze, Ziele und die Richtung für die Ausarbeitung eines "möglichen Verhandlungsmandats" fest.
- Was bedeutet die Formulierung eines "möglichen Verhandlungsmandats"?
- Ist dem Bundesrat nach zehn Sondierungsrunden immer noch nicht klar, ob er seinen "breiten Paketansatz" verhandeln möchte?
- Kann die Zukunftsfähigkeit des Bilateralen Weges auch ohne Verhandlungen gesichert werden?

23.7405 Walder. Vorwürfe einer Politik der systematischen Organentnahme in der Volksrepublik China

Am 5. Mai 2022 hat das Europäische Parlament eine Entschliessung verabschiedet, in der die 27 EU-Mitgliedstaaten dazu aufgerufen werden, in ihren Übereinkommen und Kooperationsabkommen, einschliesslich mit China, auf die Einhaltung der ethischen Grundsätze zur Organspende zu achten. Die Entschliessung stützt sich auf übereinstimmende Berichte, denen zufolge in China eine systematische Organentnahme praktiziert wird, von der die Anhängerinnen und Anhänger von Falun Gong und Angehörige anderer Minderheiten betroffen sind.
Hat der Bundesrat in seinen Übereinkommen und Abkommen mit der Volksrepublik China solche Vorkehrungen getroffen?

23.7406 Walder. Beziehungen Schweiz - Bahrain: Welcher Stellenwert kommt den Menschenrechten zu?

Auf der Webseite des Bundes heisst es: "Die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und Bahrain konzentrieren sich auf die Bereiche Wirtschaft, Finanzen und Menschenrechte". Jedoch hat sich die Situation der Menschenrechte in Bahrain seit den pro-demokratischen Aufständen im Jahr 2011 stetig verschlechtert, ob es sich nun um die Wiedereinführung von Hinrichtungen, Gesetze zur politischen Isolation oder Foltervorwürfe handelt.

- Wie sieht die Zusammenarbeit hinsichtlich der Menschenrechte konkret aus?
- Was sind die Ergebnisse?

23.7427 Badertscher. Frauen mit Behinderungen in der neuen IZA-Strategie

Der Anteil der Menschen mit Behinderungen ist auf 16 Prozent (1,3 Mia.) der Weltbevölkerung angestiegen, davon leben 80 Prozent im Globalen Süden. Frauen mit Behinderungen sind zudem stärker von Armut betroffen. Sie machen damit einen grossen Anteil der Menschen aus, an die sich die internationale Zusammenarbeit richtet.

- Wie wird die IZA-Strategie 2025-2028 diese Tatsache reflektieren?
- Wie stellt sie sicher, dass insbesondere Frauen mit Behinderungen nicht zurückgelassen werden?

23.7431 Schläpfer. Weitere 3 Millionen Franken an die UNRWA und Schulmaterial mit antiisraelischen/antisemitischen Inhalten

Durch die Nicht-Integration der paläst. Flüchtlinge und Vererbbarkeit des Flüchtlingsstatus wurde 1948 von den Arabern gezielt ein unlösbares Problem geschaffen. Nach Ph. Lazzarinis Appell zahlt die Schweiz nun weitere 3 Millionen Franken an die UNRWA. Weshalb?

Priorität hätten griffige Kontrollen des Schulmaterials (antiisraelische/antisemitische Inhalte), Kontrollen des Lehrbetriebs usw. Alarmierend ist zudem, dass die UNRWA nachweislich selber Israel diffamierendes Schulmaterial herstellt.

23.7462 Molina. Umgang des Bundesrates mit dem verbrecherischen iranischen Regime

Seit den landesweiten Protesten im Iran im Nachgang an die Ermordung von Jina Mahsa Amini dauern die Massenhinrichtungen gegen Oppositionelle unvermindert an.

- Hat der Bundesrat gegen die jüngsten Massenhinrichtungen protestiert?
- Welche konkreten Anstrengungen unternimmt er, um die Einhaltung der Menschenrechte im Iran zu fördern?
- Sind aktuell auch Schweizer/innen von der Repression betroffen?
- Was ist der Stand der Untersuchungen des Todes der hochrangigen EDA-Mitarbeiterin vom 4. Mai 2021?